

Heiner Geißler

# Grundsatzprogramm – Dokument geistiger Erneuerung

Die Einleitung zum Protokoll des ersten Parteitags der Christlich Demokratischen Union Deutschlands vom 20. bis 22. Oktober 1950 in Goslar beginnt mit diesen Sätzen:

*„Heute, da die Idee der Christlich Demokratischen Union zu einem festen Begriff in der deutschen und internationalen Politik geworden ist, denken nur noch wenige daran, Welch eine ungeheure Aufgabe es war, den Grundsatz durchzusetzen, daß alle echte Politik nur aus festen weltanschaulichen Grundsätzen betrieben werden kann, wenn sie nicht im Weg und in den Zielen irren will. Allzulange hatte die pervertierte Auffassung des Wortes ‚Religion ist Privatsache‘ nicht nur das Christentum aus dem öffentlichen Leben verdrängt, sondern auch den Christen den Mut genommen, sich bei der Politik auf das Christentum zu berufen. Es bedurfte erst der furchtbaren Lehre einer antichristlichen Diktatur und eines unmenschlichen Krieges, um zu erweisen, wie unentbehrlich das Christentum auch in der staatlichen Gemeinschaft ist.“*

Konrad Adenauer faßte in seinem Vorwort zum Protokoll die Bedeutung dieses Parteitages in einem Satz zusammen: „Goslar war die Besinnung auf die Grundsätze und Ideale unserer Partei.“

Diese Sätze widerlegen das Fehlurteil, die CDU habe sich in ihrem Handeln und Denken auf einen Tagespragmatismus beschränkt. Heute, wo wir das erste geschriebene Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union beraten und beschließen werden, ist es unsere Pflicht, diesem Fehlurteil entgegenzutreten. Es ist auch deshalb unsere Pflicht, weil dieses Fehlurteil in der Vergangenheit bis in unser eigenes Denken eingesickert war.

**Die Ideen, die dem Handeln der CDU seit 1945 die Impulse gaben, sind nicht verschüttet. Das Grundsatzprogramm ist deshalb Dokument einer grundlegenden geistigen Erneuerung der CDU in der Opposition.**

Als wir 1969 in die Opposition gingen, haben uns alle einschließlich weiter Teile der deutschen Publizistik den baldigen Verfall vorausgesagt. Damals bekannten

sich erst 290 000 eingeschriebene Mitglieder zu uns. Jetzt ist es nur eine Frage von Monaten, bis es 700 000 Mitglieder sein werden.

Kein politischer oder gesellschaftlicher Verband in der Bundesrepublik Deutschland hat seit den 50er Jahren einen vergleichbaren Zuwachs erlebt. Diese neuen Mitglieder konnten wir nicht mit Ämtern locken. Unsere Attraktivität und unsere Integrationskraft besteht in geistiger Offenheit. Das Angebot, an der Erneuerung mitzuwirken, wurde verstanden und angenommen. Darauf kann diese Partei stolz sein.

### Faszination der Ideen

Nun erleben wir seit einigen Jahren in Deutschland, in Europa und weltweit eine Renaissance der alten Ideologien. Dies geschieht, obwohl diese Ideologien jegliche Orientierungskraft für Gegenwart und Zukunft verloren haben.

**Die Erklärung unserer heutigen Konflikte und Probleme anhand der Begriffe Marxismus oder Sozialismus und Kapitalismus im Sinne von links und rechts, von fortschrittlich und reaktionär, vom unüberwindlichen Gegensatz von Kapital und Arbeit sind untauglich, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu gestalten.**

**Der Marxismus schweigt** auf die Frage, wie menschlicher Fortschritt künftig möglich ist. Er behauptet nur noch, daß er möglich sei, wenn die bestehenden Ordnungen beseitigt würden und sein System errichtet werde. Diese Behauptung ist mit Argumenten der Vernunft nicht nachprüfbar und durch die Existenz kommunistischer Zwangssysteme praktisch widerlegt.

**Der Kapitalismus schweigt** auf die Frage nach den Werten jenseits von Angebot und Nachfrage.

Diese Theorien des Materialismus vermögen niemanden mehr zu überzeugen, man kann nur noch an sie glauben.

Dieses Paradoxon, daß die materialistischen Ideologien des 19. Jahrhunderts für Gegenwart und Zukunft mit Mitteln der Vernunft nicht mehr nachvollziehbar sind, daß an sie geglaubt werden muß, ist jedoch gerade der Schlüssel für die Faszinationskraft, die sie dennoch ausüben. Sie geben zwar eine falsche, aber eine totale Antwort auf die Sinnfrage für den einzelnen und die Welt. Nicht als eine politische Theorie, die vernünftig begründet ist, sondern als ein Glaubensangebot sind sie interessant geworden.

Welche Antwort aber geben wir auf die Herausforderung durch totalitäre Ideologien? Wir geben nicht die Antwort einer ebenso totalitären Gegenideologie. Wir brauchen aber eine politische Philosophie, die den Menschen Hoffnung gibt.

**Die einzige Antwort, die ich unter den geschichtlichen Bedingungen sehe, unter denen wir leben, ist die christliche Antwort.**

**Es ist die totale Menschlichkeit des Christentums. Denn das Christentum ist die einzige existierende Idee, die sich auf den ganzen Menschen bezieht, ohne den Menschen zu unterwerfen.**

**Es ist die Idee seiner angeborenen Würde als von Gott geschaffene Person.**

**Es ist die Idee des zur Freiheit geschaffenen Menschen, der seine Freiheit verantworten muß.**

**Es ist die Idee der Einzigartigkeit der Person, die dennoch Gemeinschaft braucht und der Gemeinschaft verpflichtet ist.**

Die Idee der personalen Würde, Einzigartigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen ist die große Idee, die den Materialismus marxistischer wie kapitalistischer Art überwindet.

Die Faszination dieser Idee wird sich als ungebrochen erweisen, wenn wir den Mut aufbringen, mehr als halbherzig für sie einzutreten. Sie vermag es, selbst jene zu erreichen, die keine Christen sind.

Zum Christen gehört der Glaube. Die vollkommene Humanität des christlichen Menschenbildes aber ist auch außerhalb des Glaubens mit der Vernunft erfaßbar und in ihrer realistischen Vernünftigkeit überzeugend.

Deshalb ist die zentrale Aussage unseres Grundsatzprogramms auch für jene, die nicht Christen sind, der Satz zu Beginn der Präambel:

**„Die Politik der CDU beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.“**

Dieser Satz ist der Kern unserer gemeinsamen Überzeugung, er bezeichnet die einigende Kraft, welche die Identität der CDU ausmacht.

## Personales Denken statt Systemdenken

Die Tatsache, daß das Grundsatzprogramm von unserem Menschenverständnis ausgeht, ist eine Herausforderung für alle politischen Doktrinen, bei denen das System wichtiger ist als der Mensch.

Warum äußert sich das Godesberger Programm der SPD nicht zu einem die eigene Politik erklärenden Menschenbild? Warum äußert sich der Orientierungsrahmen '85 der SPD zu welt- und wirtschaftspolitischen „Bedingungen und Bezugsrahmen“ und zur „Rolle des Staates“, aber nicht zum Menschenverständnis?

Es ist klar: Weil der Versuch, zwischen Christen und klassischen Humanisten einerseits und Marxisten andererseits, Einigkeit über das Menschenbild zu erzielen, wegen des immanenten Widerspruchs dieses Versuches scheitern muß, weil er diese Partei zerreißen muß.

Die gesamte politische Philosophie Europas, vom griechischen Humanismus eines Aristoteles über die christliche Naturrechtsphilosophie des Augustin, des Thomas

von Aquin bis hin zur empirischen Philosophie des John Locke und des Montesquieu stellte das Konzept des Menschen und seiner Wertorientierung vor Staat und Gesellschaft. Sie versuchte, aus dem Menschenbild eine humane Form für Staat und Gesellschaft zu entwerfen.

Mit dieser humanistischen Tradition brach erst die Philosophie Hegels. Nach ihr verläuft die Geschichte auf ein Ziel zu: die vollkommene Verwirklichung des objektiven Geistes in der Gestaltung des Staates. Der Mensch wird zum bloßen Teil des Staates, personale Einzigartigkeit wird ihm abgesprochen, sie wird auf den Staat übertragen.

Diese Philosophie Hegels prägte in Deutschland den Zeitgeist des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts.

**Von Hegel spannt sich ein Bogen deutschen Staatsdenkens bis zur Staatsphilosophie Carl Schmitts, der keine dem Staat vorgegebenen Werte mehr anerkannte, und der damit totaler staatlicher Willkür die theoretische Rechtfertigung liefert hat.**

Hier liegt die geistige Wurzel für einen deutschen Staat, der bei allen unbestrittenen Leistungen doch seinen Bürgern fremd blieb, weil er sich verabsolutierte, der seinen Bürgern fremd blieb, weil er in ihnen Untertanen sah, in dem man Mensch erst als Amtsperson wurde, wie uns Carl Zuckmayer in der tragik-komischen Figur des Hauptmann von Köpenick vor Augen geführt hat.

**Von Hegel aus spannt sich jedoch ein zweiter Bogen politischer Ideologie über Marx zu Lenin, in der an die Stelle des Obrigkeitstaates das totale Gesellschaftssystem tritt.**

Das parteiische Ziel eines sozialistischen Weges in eine kommunistische Gesellschaft wird unter Berufung auf Hegels Lehre vom objektiven Geist als geschichtlich notwendig und zwangsläufig ausgegeben — und am Ende brutal verwirklicht.

**Das Grundgesetz erst brachte nach der Katastrophe die Umkehr im politischen Denken. Das Bekenntnis des Grundgesetzes zur Verantwortung des Menschen vor Gott, die rechtlich zwingende Verankerung der Menschenwürde und der Grundrechte an der Spitze der Verfassung sind die eigentliche bahnbrechende Neuerung dieser Verfassung.**

In der Reichsverfassung von 1871 kamen Grundrechte nicht vor. In der Verfassung der Weimarer Republik waren Grundrechte genannt, sie waren jedoch rechtlich unverbindlich, waren positivistischer Beliebigkeit anheimgegeben. Daß das Grundgesetz mit Menschenbild und Menschenrecht beginnt, bedeutet deshalb keinen gliederungsmäßigen Aufbau, der zufällig geschah, den man so oder anders hätte machen können.

**Dies bedeutet in Wirklichkeit die Korrektur einer zweihundertjährigen ideengeschichtlichen Fehlentwicklung. Wir müssen der historischen Wahrheit zuliebe hinzufügen: Diese Korrektur geschah im Bewußtsein christlichen Menschenver-**

**ständnisses. Denn die Schrift sagt, daß der Mensch Gott ebenbildlich sei. Sie sagt hingegen nicht, daß der Staat Gott ebenbildlich sei.**

Heute, wo der Konsens über die geistigen Prinzipien dieser Verfassung brüchig geworden ist, ist die Christlich Demokratische Union aufgerufen, die Philosophie personeller Freiheit und Verantwortung des Menschen wieder zu bewahren und für die Zukunft zu erneuern. Aus diesem Grund sind wir im Aufbau des Grundsatzprogramms dem Grundgesetz gefolgt und haben in sich durchaus schlüssige Wünsche, unsere Aussagen zur Außenpolitik oder zum Staat, oder zur Sozialen Marktwirtschaft, an früherer Stelle im Programm zu behandeln, nicht berücksichtigt.

## Profil

Unser personales Verständnis vom Menschen ist Schlüssel für das unverwechselbare Profil des Programms, für seine Unterschiedlichkeit von den Programmen anderer Parteien.

Freiheit ist für uns nicht „das Ergebnis gesellschaftlicher Leistung“, wie Willy Brandt sozialistisches Freiheitsverständnis klassisch formulierte, sondern personal verantwortete Freiheit, Selbstverantwortung und Mitverantwortung in der Gemeinschaft. Es widerspricht daher unserem Verständnis von Freiheit, durch staatliche Investitionslenkung z. B. autonome unternehmerische Entscheidung unmöglich zu machen oder durch eine Vergesellschaftung des Gesundheitswesens das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient zu zerstören.

Solidarität ist für uns nicht der Kampfauf Ruf, mit Gleichgesinnten die eigenen Interessen durchzusetzen, sondern die Aufforderung, füreinander einzustehen. Es widerspricht daher unserem Verständnis von Solidarität, die Zukunftsinteressen der Bürger den Gegenwartsinteressen zu opfern.

**Gerechtigkeit bedeutet für uns nicht die Gleichbehandlung der Menschen ungeachtet ihrer verschiedenen Anlagen und unterschiedlichen Bedürfnisse, sondern die Chance für alle Menschen, sich ihrer Unterschiedlichkeit entsprechend zu entfalten. Es widerspricht daher unserem Verständnis von Gerechtigkeit, wenn in einer so reichen Gesellschaft wie der unseren Kinderrechtum zu einem Kennzeichen neuer Armut geworden ist.**

Familie bedeutet für uns kein Hindernis bei der Emanzipation der Frau, als das sie der Orientierungsrahmen '85 der SPD behandelt, sondern Familie ist für uns der wichtigste Ort individueller Geborgenheit, Sinnvermittlung und freier Entfaltung in der Gemeinschaft. Es widerspricht daher unserem Verständnis der Familie, wenn nach SPD-Rahmenrichtlinien die Kinder zu Mißtrauen gegen ihre Eltern erzogen werden sollen.

■ **Bildung** bedeutet für uns nicht Indoktrination, sondern die Aufgabe, den Menschen zu einem Leben in Selbstverantwortung und Mitverantwortung zu

befähigen. Es widerspricht daher unserem Verständnis von Bildung — ich wiederhole das, was gestern schon ausgesprochen wurde —, daß die SPD durch staatliche Mittel Eltern zwingen will, die Erziehung ihrer Kinder gegen ihr Gewissen Extremisten anzuvertrauen.

■ Wirtschaftspolitik besteht für uns nicht darin, private Initiativen und Leistungen zu verdächtigen und zu hemmen, um ein System staatlich-gesellschaftlicher Steuerung des Wirtschaftslebens zu errichten. Wirtschaftspolitik besteht für uns darin, durch verlässliche Ordnungspolitik persönliche Leistung und wirtschaftlichen Erfolg für Arbeitnehmer, Unternehmer und Konsumenten zu ermöglichen. Es widerspricht daher unserem Verständnis von Wirtschaftspolitik, daß die angeblich marktwirtschaftliche Politik von Helmut Schmidt Großunternehmen begünstigt, dagegen pro Jahr 8 000 bis 9 000 mittlere und kleinere Unternehmen in den Konkurs treibt.

■ Sozialpolitik bedeutet für uns nicht, soziale Leistungen ohne Rücksicht auf wirkliche Not und ohne Rücksicht auf durch Leistung erworbene Rechtsansprüche einfach quantitativ aufzustocken. Sozialpolitik bedeutet für uns vielmehr, Eigenverantwortung, Selbsthilfe und Solidarität in der Gemeinschaft für alle zu ermöglichen. Es widerspricht daher unserem Verständnis von Sozialpolitik, Millionen von Witwen den Rentenzuwachs zu kürzen und dafür die Gemeinden mit der Sozialhilfe zahlen zu lassen.

■ Der Staat ist für uns nicht ein Objekt einer Partei, sondern die Einrichtung frei verantwortlicher Bürger füreinander, in der gleiches Recht für alle die Voraussetzung für die Freiheit sein muß. Es widerspricht daher unserem Staatsverständnis, daß sich die SPD immer selbstherrlicher über das Grundgesetz hinwegsetzt und Bundeskanzler Helmut Schmidt das Bundesverfassungsgericht einschüchtert, wenn es sich den Verfassungsübertretungen in den Weg stellen will.

Wir wenden uns dagegen, daß die SPD den Staat als ein Instrument versteht, dessen man sich als — ich zitiere wörtlich — „Voraussetzung einer wirksamen sozialdemokratischen Strategie“ bemächtigen muß, wie dies im Orientierungsrahmen '85 beschrieben ist.

■ Die Außenpolitik ist für uns kein Mittel, eine Konvergenz der Systeme von Ost und West oder ein sozialistisches Europa zu erreichen. Außenpolitik bedeutet für uns vielmehr, verbunden mit fairer Wahrnehmung unserer eigenen Interessen auch im Zusammenleben der Völker für Menschenwürde und Menschenrecht einzutreten. Deswegen widerspricht es unserem Verständnis außenpolitischer Aufgaben, daß die SPD immer unverhüllter in Europa eine Strategie der Volksfront betreibt und gleichzeitig zu den Verletzungen der Menschenrechte in den totalitären Staaten des Ostens beharrlich schweigt.

Nicht minder deutlich unterscheiden wir uns von dem, was die FDP unter Liberalismus versteht. Mehr dem Zwang der von uns geführten Grundsatzdiskus-

sion und der Wahlniederlagen folgend als aus eigenem Antrieb, legte die FDP vor wenigen Wochen ein mit hastiger Nadel genähtes „erstes Zwischenergebnis“ einer im Juli konstituierten Programmdiskussion vor. In diesem Zwischenergebnis ist allerdings eine Aussage bemerkenswert. Sie lautet:

*Seit der liberalen und bürgerlichen Revolution in Frankreich 1789 lauten die Grundlagen liberaler politischer Zielsetzung unverändert: Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit. In der Abwägung zwischen diesen drei Grundwerten steht für den Liberalen die größtmögliche Freiheit jedes einzelnen an erster Stelle.*

Der frühere Innenminister Maihofer hatte diese Aussage auf die knappe Formel gebracht: „Im Zweifel für die Freiheit.“ Mit dieser Formel scheiterte er politisch wie persönlich.

Es mag einen philosophischen Vorrang eines der Grundwerte geben —, politisch müssen sie gleichwertig sein. Politisch bedeutet die Behauptung eines prinzipiellen Vorrangs eines Grundwertes letztlich die Verweigerung, die Grundwerte zum Maßstab konkreter Politik zu machen. Die Grundwerte bedingen und begrenzen sich vielmehr gegenseitig.

**Die eigentliche politische Aufgabe ihrer Verwirklichung besteht darin, angesichts sich wandelnder Herausforderung das Verhältnis der Grundwerte zueinander stets so zu gestalten, daß sie zusammen ihre humane Wirkung entfalten. Das heißt, es gibt Zeiten, in denen die Solidarität oder soziale Gerechtigkeit die am meisten gefährdeten Werte sind. Es gibt aber auch Zeiten, in denen die Freiheit besonders gefährdet ist und ihre Bewahrung deshalb zu einer vorrangigen politischen Aufgabe wird. Die Erfahrung zeigt, daß dies meist dann der Fall ist, wenn Sozialisten politische Herrschaft ausüben.**

Aber offensichtlich ist die FDP außerstande, den von ihr behaupteten prinzipiellen Vorrang der Freiheit mit einer Politik konkreter Freiheitssicherung unter konkreten geschichtlichen Umständen zu verbinden. Die Freien Demokraten bleiben eine Partei nicht des Liberalismus, sondern der Unverbindlichkeit, der liberalen Attitüde, die darin besteht, sich in geistiger Indifferenz treiben zu lassen; die darin besteht, wirtschaftliche Altliberalität und akademische Neoliberalität auf fünf bis sieben Prozent Wählerstimmen zu addieren.

## Zukunftsdimensionen

Aber liegt es nicht eben auch am Menschenbild dieser Politiker, wenn sie dem Bürger Opfersinn, Gemeinschaftsgeist, die Bereitschaft zur Rücksichtnahme auf die Interessen anderer absprechen? Wer dem Bürger mißtraut, wird sich darauf beschränken, das Machbare für notwendig zu erklären. Wer dem Bürger vertraut, wird versuchen, das Notwendige machbar zu machen.

Es gibt genügend Beispiele dafür, daß die Menschen dieser Tage diese Grundsatzposition verstehen.

- Die Vereinigten Staaten wendeten für die Raumfahrt bisher 100 Milliarden DM auf. Daß diese Forschung von praktischem Nutzen sein würde, war völlig ungewiß, als Kennedy zum Schritt in den Weltraum aufrief.
- Eine Dialyse-Behandlung für Nierenkranke kostet über zehn Jahre hinweg 600 000 bis 720 000 DM. Aber dennoch gibt es in der Bevölkerung Übereinstimmung, daß die Erhaltung dieses Menschenlebens auch unter hohen Kosten wichtiger ist als egalitärer Egoismus.
- Die 461 deutschen Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern haben 1975 für kulturelle Aufgaben, vom Theater bis zur Denkmalspflege und Musikförderung, vier Milliarden DM ausgegeben. Auch dieser Aufwand wäre nicht möglich, wenn es keinen Bürgersinn gäbe, wenn der Bürger ein reiner Interessenegoist wäre, der für seine Leistung von der Gemeinschaft in jedem Fall Rückzahlung — möglichst cash — erwarten würde.

Was kann den Bürger dazu bewegen, zugunsten der Gemeinschaft und zugunsten der Zukunft Verzicht zu leisten? Was kann den heute lebenden Bürger dazu bewegen, zugunsten noch nicht Geborener zu verzichten?

**Kein Rechtsprinzip, keine Gesellschaftstheorie wäre dazu imstande. Dies kann nur eine ethische Verpflichtung leisten, die nicht allein weltlich begründet ist und die über eine Generation hinausweist.**

Verantwortete Freiheit ist verankert in der Verantwortung des Menschen vor seinem Gewissen und damit nach christlichem Verständnis vor Gott. Dies haben wir im Entwurf so formuliert. Dies ist die große Herausforderung und Entscheidung der CDU: den Mut aufbringen, Gott wieder in ihrem Parteiprogramm zu nennen.

**Wir mögen in der folgenden Diskussion über viele Fragen der rechtlichen und instrumentalen Ausgestaltung unserer Politik verschiedener Meinung sein — gegenüber der Entscheidung, menschliche Freiheit auf Gott zu beziehen, treten solche Auseinandersetzungen weit zurück.**

**Allein aus dieser Entscheidung kann die Kraft aufgebracht werden, über eine Generation hinaus zu denken. Nicht Fragen der Finanzierbarkeit und Machbarkeit tragen den Generationenvertrag, sondern das Bewußtsein einer Verantwortung jenseits des Ökumenischen, jenseits des Finanzierbaren, einer Verantwortung, die in der Pflicht des Gewissens begründet ist. Dies ist unser Auftrag, und dies ist auch unsere Chance als Volkspartei.**